



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

MEDWEDEWS BERICHT ZUR LAGE DER NATION RÜCKBLICK AUF DEN GEORGIENKRIEG

■ ANALYSE	
Modernisierung »von oben«	
Medwedews zweiter Bericht zur Lage der Nation	2
Von Hans-Henning Schröder, Berlin/Bremen	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Die »Botschaften« des Präsidenten in Zahlen	6
Die Botschaft an die Föderalversammlung 2009: die Erwartungen der Russen	9
Putin und Medwedew	12
Der Georgienkrieg im Rückblick	13
■ ANALYSE	
Der »Countdown to war« in historischer Perspektive:	
Konfrontation zwischen Russland und Georgien 2004–2008	13
Von Uwe Halbach, Berlin	
■ UMFRAGE	
Der Georgienkrieg in russischen Umfragen – ein Jahr danach	17
■ CHRONIK	
Vom 4. bis zum 19. November 2009	20
■ VERANSTALTUNGSHINWEIS	
Russland-Termine des Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft	22
■ LESEHINWEIS	
Abstracts der Artikel aus OSTEUROPA 10/2009	23
Philipp Casula und Jeronim Perovic (Hg.): Identities and Politics During the Putin Presidency	25

Die Russland-Analysen werden vom

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Modernisierung »von oben« Medwedews zweiter Bericht zur Lage der Nation

Von Hans-Henning Schröder, Berlin/Bremen

Zusammenfassung

Am 12. November trat Präsident Dmitrij Medwedew mit seinem Bericht zur Lage der Nation vor die beiden Häuser des russischen Parlaments. Die Rede wurde durch eine publizistische Kampagne vorbereitet, die am 10. September mit dem Artikel »Russland, Vorwärts« eingeleitet wurde. Damit legte Medwedew sein politisches Programm für den Rest seiner Amtszeit vor. Kern dieses Programms war eine umfassende Modernisierungsstrategie, die jedoch vor allem auf die technologische Entwicklung setzt und demokratische Ansätze weitgehend ausklammert. Medwedews Programm zielt auf eine Lösung ökonomischer Strukturprobleme unter Wahrung der Stabilität des Regimes. Allerdings wirkt sich eine konsequente Modernisierung der Wirtschaft auch auf die internen Kräfteverhältnisse innerhalb der russischen Eliten aus. Das könnte die Stabilität des Regimes Medwedew gefährden.

Ein virtueller Präsident?

Seit fast 19 Monaten hat Dmitrij Medwedew das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation inne und nach wie vor zweifeln viele Beobachter daran, dass er tatsächlich politisch von Gewicht ist. Einen Tag, bevor Medwedew vor dem russischen Parlament seine Bericht zur Lage der Nation hielt, veröffentlichte Forbes eine Liste der mächtigsten Personen der Welt: darin figurierte der russische Ministerpräsident Putin hinter der amerikanischen und dem chinesischen Präsidenten auf Platz 3. Medwedew rangierte erst auf Platz 43, noch hinter dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Igor Setschin (Nr. 42), der als die Führungsfigur der »silowiki«¹ gilt.

Auch ohne die boshafte Einstufung durch das New Yorker Wirtschaftsmagazin hat es der dritte russische Präsident in den ersten 18 Monaten seiner Amtszeit schwer genug. Der Ölpreiseinbruch und die Finanzkrise führten zu einem dramatischen Rückgang der Wirtschaftsleistung, der Krieg mit Georgien belastete Russlands Beziehungen zu den Nachbarstaaten, Medwedews Vorschlag für eine Neuverhandlung der Europäischen Sicherheitsarchitektur wird in den USA und in der EU weitgehend ignoriert. Bei der Bekämpfung der Korruption im Lande wurden keine erkennbaren Fortschritte erzielt und im Nordkaukasus nimmt die Gewalt täglich weiter zu. Zudem ist auch in Russland nach wie vor die Vorstellung verbreitet, dass die eigentliche Entscheidungsgewalt bei Ministerpräsident Wladimir Putin liegt und Dmitrij Medwedew nicht mehr ist als ein virtueller Präsident, der nach Ablauf seiner Amtszeit im

Jahre 2012 durch seinen Vorgänger Putin abgelöst werden wird. Trotz aller Bemühungen ist es Medwedew bisher nicht gelungen, sich glaubwürdig als politischer Führer mit eigenem Profil und mit Durchsetzungsvermögen darzustellen.

Medwedews Herbstfeldzug

Doch Russlands innere Probleme machen in vielen Bereichen politische Veränderungen und Reformen unabdingbar. Und der Präsident, der in fünf Monaten seine halbe Amtszeit hinter sich hat, muss handeln, will er wenigstens einen Teil der Probleme in den Griff bekommen. So war es nicht nur eine Prestigefrage, als die Medwedew-Administration nach der Rückkehr aus der Sommerpause 2009 eine politische Kampagne in Gang brachte, die eine durchgreifende Modernisierung des Landes propagierte.

Die Grundideen dieser Politik wurden in einem Artikel formuliert, der am 10. September unter dem Titel »Russland, Vorwärts« auf der Website der Internetzeitung gazeta.ru veröffentlicht wurde. Schon der Publikationsort – keine Fernsehrede, keine Regierungszeitung, sondern das Web als zeitgemäßes Medium – wurde als Signal verstanden, dass der Präsident willens war, alte Zöpfe abzuschneiden. Der Artikel forderte auch dazu auf, Vorschläge für die Ausgestaltung des Berichts vor dem Parlament zu machen. Immerhin erhielt Medwedew um die 13.000 Mails und Einträge in seinem blog, die auf »Russland, Vorwärts!« reagierten, doch zeigen Repräsentativumfragen, dass gerade 15 % der Bevölkerung wussten, dass der Präsident Reaktionen auf seinen Artikel eingefordert hatte – 25 % »hatten davon gehört«, an den übrigen 60 % war die Kampagne unbenutzt vorübergegangen.

1 »Silowiki« – Bezeichnung für die Vertreter der Gewaltapparate (Militär, Geheimdienste, Innenministerium etc.) in der Elite



Ministerpräsident Putin bei dem Treffen mit dem Waldaj-Klub.

Foto: hbs

Medwedew thematisierte die Ideen des Artikels auch in einer Folge von Veranstaltungen, u. a. einer Konferenz in Jaroslawl, die an seinem Geburtstag stattfand, auf dem Treffen mit dem Waldaj-Klub, auf einem Wirtschaftsforum in Sotschi und bei der Sitzung der von ihm gegründeten Kommission für technologische Entwicklung und Modernisierung der Wirtschaft. Die Kampagne gipfelte in Medwedews Botschaft an die Föderalversammlung, die alljährliche Rede zur Lage der Nation vor den beiden Häusern des russischen Parlaments.

»Russland, Vorwärts«

Der Artikel, der die Kampagne einleitete und am 10. September auf der Website von gazeta.ru erschien, lieferte eine deprimierende Bewertung der Lage im Lande. Medwedew zählte voller Bitterkeit die schweren Missstände auf: eine primitive Rohstoffwirtschaft, die die Bedürfnisse der Menschen ignorierte und international nicht konkurrenzfähig ist, Unternehmer, die nichts Eigenständiges schaffen und nur mit Rohstoff oder Importwaren handeln, niedrige Arbeitsproduktivität und geringer Energienutzungsgrad, chronische Korruption, demokratische Institutionen, die weit vom Ideal entfernt sind, eine schwache Bürgergesellschaft, hohe Sterblichkeit infolge verbreiteten Alkoholmissbrauchs, unzureichender Gesundheitsversorgung und ökologischer Belastung, fortgesetzter Terror im Nordkaukasus – alles in allem ein Bild, das ebenso düster wie realistisch war. Russ-

land leide, so diagnostizierte Dmitrij Medwedew, an seiner jahrhundertelangen ökonomischen Rückständigkeit und der Gewöhnung an den Rohstoffexports, an jahrhundertelanger Korruption und an einem in der Gesellschaft eingewurzelten Paternalismus.

Zur Überwindung dieser Missstände schlug Medwedew eine Strategie umfassender Modernisierung vor. Grundlage ist für ihn technologische Innovation. Er setzt Schwerpunkte im Bereich der Energieeffizienz, bei der Entwicklung von Atomenergie, im Bereich der Informationstechnologie, in der Nutzung der Raumfahrt und in der Medizintechnologie. Vom technischen Fortschritt erwartet der Präsident einen Zuwachs an Wohlstand, an Freiheit und Zugewinn an sozialer Gerechtigkeit. Der Ausbau moderner Informationstechnologien schafft in Medwedews Vorstellung die Voraussetzungen für die Bekämpfung der Korruption und den Ausbau politischer Freiheit – wobei er aber Vorbehalte macht: eine »Rückkehr zu den ›demokratischen‹ Neunzigern«, zum »paralisierten Staat« werde es nicht geben.

Der Artikel ruft einen zwiespältigen Eindruck hervor. Einerseits formuliert Medwedew eine radikale – und in vielen Punkten zutreffende – Kritik der russischen Wirklichkeit. Doch verzichtet er auf Schuldzuweisungen und auf die Formulierung radikale Abhilfemaßnahmen. Er ist auch nicht bereit, durch Demokratisierungsmaßnahmen Bündnispartner für strukturelle Reformen zu gewinnen. Er wählt vielmehr eine indirekte Annäherung an Problemlösungen – über Wirtschaftswachstum, Ausbau der Kommunikationstechnologien und durch Steigerung des Wohlstands. Wie sein Vorgänger analysiert er die Situation scharfsichtig und hält mit seiner Kritik an den Problemen nicht zurück. Doch er hütet sich, durch radikale Maßnahmen offenen Widerstand der Eliten zu provozieren.

Moskauer Schattenspiele

Medwedews Artikel rief in der politischen Klasse gemischte Reaktionen hervor. Viele Intellektuelle begegneten der Initiative skeptisch: die harsche Kritik hatte man schon oft gehört, von Putin wie von Medwedew. Darin sahen die Beobachter nichts Neues. Doch den offenen Worten waren nie Taten gefolgt – weder hatten Putin und Medwedew die Korruption eingeschränkt, noch hatten sie Bedingungen für eine unabhängige Rechtsprechung geschaffen oder wirksame Maßnahmen zur Lösung der sozialen Probleme eingeleitet. Insofern erwartete die Mehrzahl der Beobachter auch von Medwedews Initiative »Russland, Vorwärts« keine wirklichen Veränderungen.

Andere Beobachter suchten nach einem Subtext und interpretierten den Artikel nicht als Versuch, die sozia-

len und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, sondern als Schachzug im internen Machtkampf. Die Kritik an den bestehenden Verhältnissen wurde in dieser Sichtweise als Kampfansage an Putin gedeutet. Medwedews Satz »All das beweist, dass wir in den vergangenen Jahren bei weitem nicht alles Notwendige getan haben« schien unmittelbar gegen seinen Vorgänger gerichtet. Der Artikel leitete in dieser Interpretation eine neue Phase im verdeckten Machtkampf zwischen Präsident und Ministerpräsident ein.

Solche Auffassungen speisten sich aus der unklaren innenpolitischen Situation. Präsident und Ministerpräsident, als Gespann angetreten und politisch aufeinander angewiesen, stehen für unterschiedliche Politiken. Anders als Putin ging Medwedew auf Menschenrechtsorganisationen zu und signalisierte einer Oppositionszeitung wie »Nowaja gaseta« Entgegenkommen. Im Gegensatz zu seinem Ministerpräsidenten fand er deutliche Worte zu den Massenmorden der Stalin-Zeit. An diesen Details werden Differenzen deutlich, die sich in Perspektive auch zu einem ernsthaften Konflikt entwickeln könnten. Doch muss man festhalten, dass Medwedew in »Russland, Vorwärts« inhaltlich kaum über die Kritik an den Missständen hinausgeht, wie Putin sie regelmäßig in seinen eigenen Botschaften an die Föderalversammlung formuliert hat. In der Substanz unterschieden sich die Aussagen beider Präsidenten kaum: beide geißelten die Korruption, die Unterentwicklung des verarbeitenden Sektors, die Pseudo-Unternehmer, die sich bereicherten, statt zu produzieren, die fehlende Rechtssicherheit und den übergroßen Einfluss der Bürokratie. Beide hatten ein eher distanziertes Verhältnis zu wirklicher Demokratie.

Medwedews Demokratieauffassung wurde am 11. Oktober auf die Probe gestellt. An diesem Sonntag fanden in drei Föderationssubjekten und zahlreichen Kommunen Wahlen statt. Die kremlnahe Partei »Einiges Russland« errang praktisch überall überwältigende Mehrheiten. Erzielt wurde dies Ergebnis offenbar durch massiven Einsatz der »administrativen Ressource«, die bis zur Fälschung von Abstimmungsergebnissen gingen. In Moskau etwa wurde in dem Wahllokal, in dem Sergej Mitrochin, der Vorsitzende der Partei Jabloko, mit seiner Familie seine Stimme abgab, keine einzige Jabloko-Stimme gezählt. Zum Zeichen des Protests gegen die massiven Manipulationen zogen die Kommunisten, die Liberaldemokraten und die Partei »Gerechtes Russland« aus der Staatsduma aus. Präsident Medwedew empfing zwar die Führer der Dumaopposition, bezeichnete die Wahlen aber als wohlorganisiert. Dennoch sei er bereit, die Ergebnisse zu diskutieren und sei offen für Vor-

schläge zur Reform des Wahlsystems. Damit reagierte er zwar flexibel auf den Protest der Opposition, doch er machte damit auch deutlich, dass er nicht bereit war, sich gegen offensichtliche Verletzungen demokratischer Verfahren zu stellen.

Die Botschaft an die Föderalversammlung

In dieser Atmosphäre, die durch Nervosität der politischen Klasse und massiver Kritik der Opposition am Verhalten von Bürokratie und hegemonialer Partei gekennzeichnet war, trat der Präsident vor die Föderalversammlung. Seine Darlegungen knüpften unmittelbar an die Ausführungen in »Russland, Vorwärts« an. Er formulierte als Ziel, Russland zu einer Weltmacht auf prinzipiell neuer Grundlage zu machen. Eine allseitige Modernisierung sei nötig – und das werde »in unserer Geschichte die erste Erfahrung einer Modernisierung, die auf den Werten und Institutionen von Demokratie gegründet« sei. Wie im Artikel sparte Medwedew nicht an deutlichen Worten: er sprach von »chronischer Rückständigkeit«, »primitiver Wirtschaftsstruktur«, »archaischer Gesellschaft« und »verworrenen Aktionen, die von Nostalgie und Vorurteilen diktiert waren«. Doch der Kern der Botschaft war die Skizze einer umfassenden Modernisierungsstrategie. Deren Grundlage sollte die technologische Erneuerung der ganzen Produktionssphäre sein – auch mit Hilfe ausländischer Investoren

*Präsident Medwedew bei dem Treffen mit dem Waldaj-Klub.
Foto: hbs*



und importierten know hows. Als Schlüsseltechnologien identifizierte der Präsident – wie schon in »Russland, Vorwärts« Medizintechnologie, Energie- und Informationstechnologie, die Entwicklung von Raumfahrt und Telekommunikation und die Steigerung der Energieeffizienz. Ein Paket von Maßnahmen sollte Innovation und Technologieentwicklung fördern. Dazu gehörten die Privatisierung von Staatsunternehmen, ihre Reorganisation und die Durchführung unabhängiger Betriebsprüfungen, ein Programm zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, das im 1. Quartal 2010 verabschiedet werden sollte, die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für Investitionsprojekte, das die Bearbeitungsdauer von anderthalb bis zwei Jahren auf drei bis vier Monate hinunterdrückte. Innerhalb des ersten Quartals 2010 sollten obendrein Gesetzentwürfe zur Reform des Steuersystems und der Pflichtversicherungen vorgelegt werden, um günstige Bedingungen für Investoren zu schaffen.

Solche weitgehenden Strukturreformen erforderten im Grunde einer Flankierung im politischen Bereich. Hier hielt sich der Präsident jedoch sehr bedeckt. Das Parteiensystem, dessen Verzerrungen gerade in den Oktoberwahlen hervorgetreten waren, bezeichnete er als im großen und ganzen konsolidiert, die Parteien selbst als echte, im Kampf um den Wähler gestärkte Massenorganisationen. Beides wird von Politikwissenschaftlern und politischen Beobachtern mit Recht bezweifelt. Immerhin kündigt Medwedew eine Reihe von Veränderungen in der Wahlgesetzgebung an, die kleineren Parteien den Zugang zu den Vertretungskörperschaften auf regionaler und kommunaler Ebene erleichtern sollten. Der Präsident forderte auch mehr Transparenz im Wahlprozess und sah in der Ausbreitung des Internets eine Chance für eine größere Öffentlichkeit. Allerdings sprach er auch eine deutliche Warnung an oppositionelle Kräfte aus, als er warnte: »Jegliche Versuche durch demokratische Losungen die Situation zu erschüttern, den Staat zu destabilisieren, die Gesellschaft zu spalten, werden unterbunden.« Demokratie »von unten« war offensichtlich nicht Teil der Medwedewschen Strategie. Es ging ihm um Demokratie mit Vorbehalt, eine »Demokratie«, die der Kontrolle durch die Führung unterliegt.

Umverteilung im Elitenkartell

Knapp 19 Monate nach Amtsantritt ist Präsident Medwedew offenbar so weit, sein politisches Programm zu formulieren. Und das zielt nicht auf eine »perestrojka«, nicht auf Öffnung der Gesellschaft und nicht auf eine Demokratisierung des politischen Systems. Dies manifestiert sich bereits in der Problemanalyse. Wie Putin

bezeichnet Medwedew die ökonomischen und sozialen Probleme mit großer Klarheit. Korruption, Rohstoffabhängigkeit der Wirtschaft, geringes Innovationspotential, hohe Sterblichkeitsraten, Rechtsnihilismus und erhebliche Defizite im Infrastrukturbereich. Er klammert aber einen anderen Aspekt aus, der die Stabilität des politischen Systems dauerhaft bedroht: die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, die von der Mehrheit der Bevölkerung als ungerecht wahrgenommen wird, das Misstrauen gegenüber denen »oben« und gegenüber den Institutionen des neuen Russland, einschließlich Rechtsorganen, Parteien, Parlament und Regierung. Medwedew proklamiert keinen »New Deal«, keine Umverteilung, um diese soziale Kluft zu überwinden, er stellt lediglich vage in Aussicht, dass eine Modernisierung mit dem daraus folgenden Wirtschaftswachstum, insgesamt den Lebensstandard heben und dann vielleicht auch mehr Demokratie möglich machen wird.

Medwedews Programm zielt auf eine Lösung ökonomischer Strukturprobleme unter Wahrung der Stabilität des Regimes. Der Präsident macht deutlich, dass er keine »orangene Revolution«, keine Massenbewegung »von unten« dulden wird. Medwedews Modernisierung wird »von oben« betrieben. Allerdings beinhaltet auch diese Strategie ein Gefahrenmoment. Konsequenter durchgeführt verändert Modernisierung die Kräfteverhältnisse in dem Elitenkartell, das Russland beherrscht. Wenn der Korruptionsmarkt beschnitten wird, wenn man bürokratische Verfahren vereinfacht, Staatsbetriebe privatisiert werden, die Unternehmensführung sich an Effizienzkriterien orientiert, um konkurrenzfähig zu werden, dann muss ein Teil der Eliten auf seine Revenuen, seine »Rente« verzichten. Eine solche Entwicklung wird das politische System gravierend verändern. Eine Reihe von Maßnahmen, die Medwedew eingeführt hat oder einführen will, weisen in diese Richtung:

Bereits im Dezember 2008 hat er per Gesetz Regierungsmitgliedern und Gouverneuren die Offenlegung ihrer Vermögensverhältnisse verordnet. Die gemachten Angaben sind zwar nicht immer glaubwürdig, doch stellt die Maßnahme dennoch einen ersten kleinen Schritt zur Eindämmung von Korruption dar.

Am 23. Oktober 2009 erklärte der Präsident vor dem Rat für Körperkultur und Sport, dass Sportverbände nicht von Politikern geführt werden sollten, sondern von hauptamtlichen Funktionären. Er begründete dies mit der Notwendigkeit professionellen Managements, doch beschränkte er damit *de facto* auch die Nebenverdienstmöglichkeiten für Politiker und hohe Beamte.

Die Privatisierung von großen Staatsunternehmen und die Einführung unabhängiger Betriebsprüfun-

gen, die Medwedews Botschaft ankündigte, erschwert es, Gelder umzuleiten und begrenzt damit eine andere Macht- und Einkommensressource, von der Angehörige der Führungsschicht profitieren.

Auch die in der Botschaft geforderte Verkürzung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Investitionsprojekte vermindert die Möglichkeiten der Bürokratie »abzuschäumen«

Schritt um Schritt nimmt der Präsident so auf die Verteilung von »Renten« an die Eliten Einfluss. Kann er diese Maßnahmen erfolgreich durchsetzen, wächst ihm intern erhebliche Macht zu. Andererseits muss er mit dem Widerstand der Betroffenen rechnen.

Indes geht der Präsident seinen Weg. Am 18. November entließ er seinen Medienberater, den früheren Minister für Pressewesen, Michail Lesin, einen aktiven Lobbyisten verschiedener Medienkonzerne. Offenbar ermutigt durch das Vorgehen Medwedews wandte sich Aleksandr Bastrykin, der Leiter des Untersuchungskomitees der Staatsanwaltschaft, mit einem Schreiben an den Vorsitzenden der Staatsduma, in dem Bastrykin die inkompetente Einmischung von Dumaabgeordneten in behörd-

liche Untersuchungsverfahren kritisierte. Der Brief löste bei den Abgeordneten Empörung aus. Bastrykins Vorgehen ist aber ein weiteres Signal, dass Medwedews Initiative Konsequenzen für die Einflussmöglichkeiten von Elitengruppen haben kann.

Wenn es zu einer Kräfteverschiebung innerhalb der Führungseliten kommt, wird das letztlich auch das Verhältnis Putin-Medwedew betreffen. Mit Recht vermeidet Medwedew gegenwärtig die direkte Konfrontation und setzt auf Zusammenarbeit. Putins Rückhalt in der Bevölkerung und in den Eliten ist zu stark, als dass Medwedew einen Machtkampf gewinnen könnte. So sucht er Schritt um Schritt seine Position zu verbessern und sich in der Führungsschicht eine feste Basis zu verschaffen. Ob ihm das gelingt, steht abzuwarten. Indes sollten sich westliche Beobachter darüber im Klaren sein, dass sie von Medwedew keine Demokratisierungsschritte erwarten können. Es geht nicht um Demokratisierung, sondern um Überwindung der ökonomischen Probleme in Verbindung mit einer Neuordnung der Machtverhältnisse im Elitenkartell.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

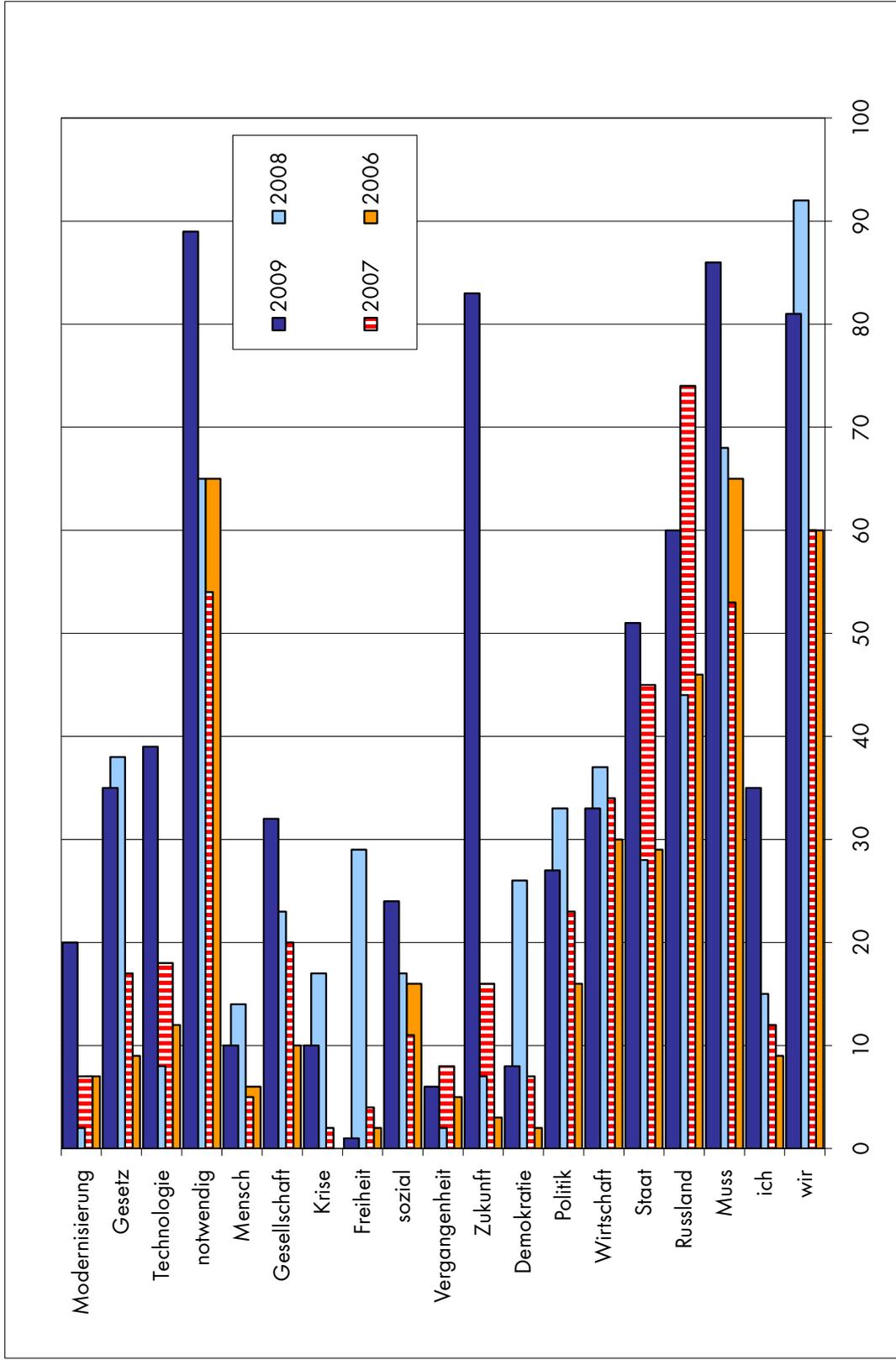
Tabellen und Grafiken zum Text

Die »Botschaften« des Präsidenten in Zahlen

	Dauer in Minuten	Wörter	Buchstaben	Tempo (Worte pro Minute)
12. Nov. 2009	100	9.548	62.864	95
1. Nov. 2008	85	8.342	54.772	98
26. April 2007	72	8.076	52.271	112
10. Mai 2006	62	6.477	41.865	104
25. April 2005	48	5.220	33.793	109
26. Mai 2004	47	5.207	34.295	111
16. Mai 2003	65	6.005	38.695	92
18. April 2002	51	5.752	36.863	113
3. April 2001	63	6.318	40.567	100
8. Juli 2000	50	5.215	33.793	104

Quelle: Angaben der Tageszeitung »Kommersant« vom 13.11.2009, 27.4.2007 und 11.5.2006 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582> und selbst ermittelt

Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2006 – 2009



Quelle: Angaben der Tageszeitung »Kommersant« vom 13.11.2009, 27.4.2007 und 11.5.2006 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582> und selbst ermittelt

Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2004 – 2009

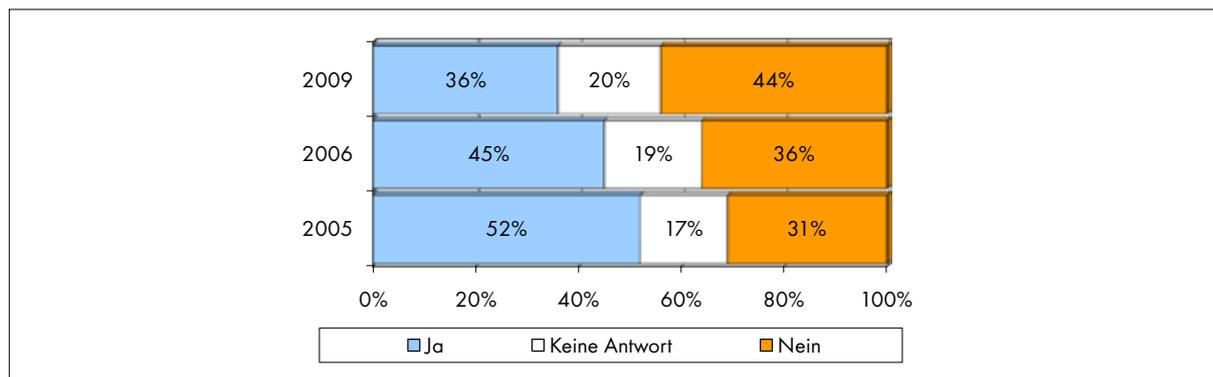
	Medwedew		Putin			
	2009	2008	2007	2006	2005	2004
wir	81	92	60	60	37	32
ich	35	15	12	9	3	5
Muss	86	68	53	65	52	60
Russland	60	44	74	46	65	95
Staat	51	28	45	29	59	32
Wirtschaft	33	37	34	30	26	47
Politik	27	33	23	16	14	12
Demokratie	8	26	7	2	23	8
Entwicklung	40	28	35	33	25	30
Reformen	2	7	5	5	3	7
Zukunft	83	7	16	3	6	3
Vergangenheit	6	2	8	5	6	5
Ergebnisse	0	3	3	0	0	1
Kleinkind	1	0	0	17	1	0
Armee	0	4	2	17	0	6
sozial	24	17	11	16	9	18
Kinder	11	3	0	16	3	4
ich schlage vor ...	5	12	11	10	2	0
es wird ...	28	52	16	9	18	15
Freiheit	1	29	4	2	31	9
Schule	26	18	2	5	1	2
Krise	10	17	2	0	0	1
Gesellschaft	32	23	20	10	40	19
Mensch	10	14	5	6	13	7
notwendig	89	65	54	65	35	58
war	26	16	23	22	21	6
Technologie	39	8	18	12	0	1
Gesetz	35	38	17	9	22	3
Modernisierung	20	2	7	7	1	8

Quelle: Angaben der Tageszeitung »Kommersant« vom 13.11.2009, 27.4.2007 und 11.5.2006 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582> und selbst ermittelt

Die Botschaft an die Föderalversammlung 2009: die Erwartungen der Russen

Umfragen des WZIOM

Werden Sie die Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung verfolgen?



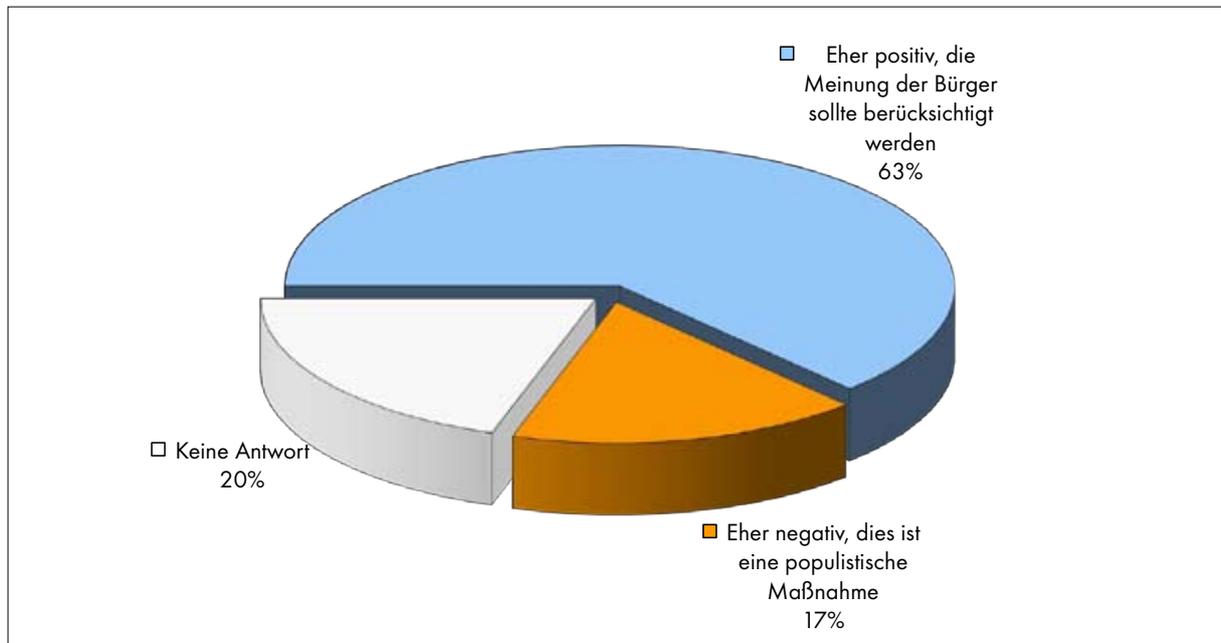
Quelle: Umfragen des VCIOM vom 7.–8.11.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12735.html>

Welche Themen sollte Präsident Dmitrij Medwedew in erste Linie in seiner Botschaft ansprechen? Nennen Sie zwei oder drei dieser Themen

	2006	2009	Differenz
Steigende Einkünfte (Löhne, Renten)	26%	14%	-12%
Arbeitslosigkeit	7%	12%	5%
Sozialer Schutz, Sozialfürsorge	7%	12%	5%
Kampf gegen die Armut, steigender Lebensstandard der Bevölkerung	6%	9%	3%
Verfügbarkeit von Wohnraum, Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Wohnungsreform	16%	8%	-8%
Gesundheitswesen	10%	7%	-3%
Probleme von Kindern und Jugend	9%	6%	-3%
Wirtschaftliche und industrielle Entwicklung	8%	6%	-2%
Bildung	11%	5%	-6%
Korruption, Willkür von Beamten	4%	5%	1%
Lage der Landwirtschaft	7%	4%	-3%
Inflation	4%	4%	0%
Die Sicherheit von Bürgern und die Sicherheit Russlands in der Welt	3%	2%	-1%
Außenpolitik	2%	2%	0%
Armee	6%	1%	-5%
Alkoholismus	1%	1%	0%
Demografische Lage	1%	1%	0%
Drogenmissbrauch	1%	1%	0%
Straßenwesen	-	1%	
Fragen von Ethik und Kultur	1%	1%	0%
Förderung der Wissenschaft	-	1%	
Strategie zur Entwicklung des Landes	-	1%	
Umweltschutz	2%	0%	-2%
Anderes	6%	1%	-5%
Keine Antwort	30%	32%	2%

Quelle: Umfragen des VCIOM vom 7.–8.11.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12735.html>

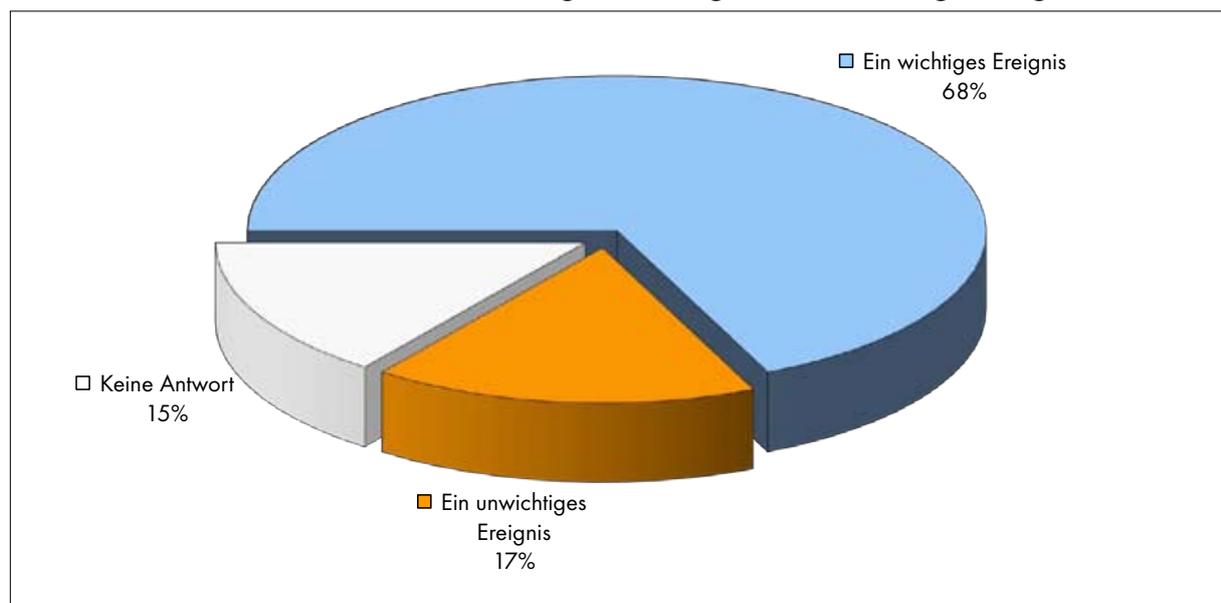
Wie bewerten Sie diese Initiative des Präsidenten, die Hauptthesen der Botschaft vorab in den Massenmedien zu diskutieren?



Quelle: Umfragen des VCIOM vom 7.–8.11.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12735.html>

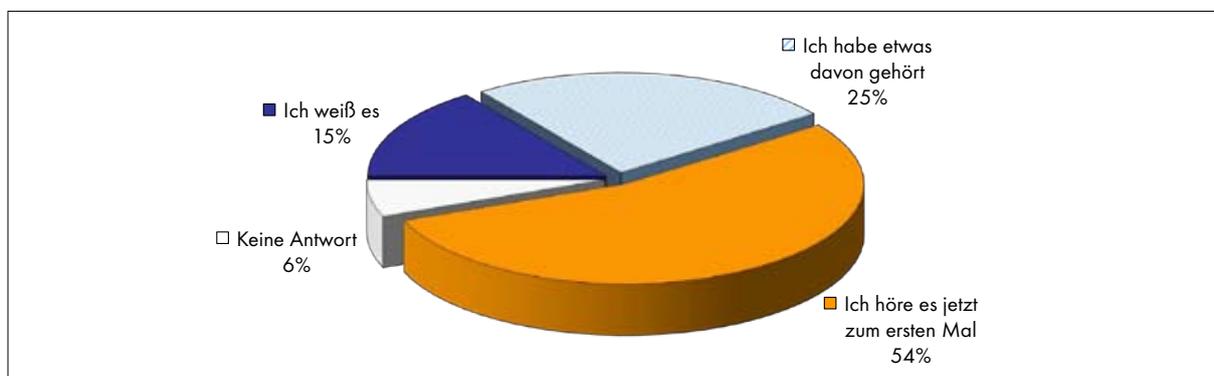
Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM)

Ist die Botschaft an die Föderalversammlung ein wichtiges oder unwichtiges Ereignis?



Quelle: Umfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), Oktober 2009
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0944/d094410>

Wissen Sie, dass der Präsident die Bürger Russlands eingeladen hat, die Themen der bevorstehenden Botschaft an die Föderalversammlung zu diskutieren?



Quelle: Umfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), Oktober 2009
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0944/d094410>

Wenn Sie die Möglichkeit hätten, Präsident Medwedew zu raten, was er bei der jährlichen Botschaft sagen soll, was würden Sie ihm raten? (offene Frage)

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit; Arbeitsbeschaffung für Jugendliche	9 %
Ausweg aus der Krise, Wiederaufbau, Modernisierung der Wirtschaft, Wachstum der Industrie und der Landwirtschaft	9 %
Unterstützung für konkrete Bevölkerungsgruppen	7 %
Probleme von Kindern, Problem von Mutterschaft und Kindheit	3 %
Gezielte Unterstützung von Senioren und andern Bevölkerungsgruppen. »Würdiges Alter«, »Wie sollen Behinderte in Russland leben«, »Veteranen nicht schlecht behandeln«, »der Mittelklasse mehr Aufmerksamkeit schenken«.	3 %
Probleme der Jugend	2 %
Erhöhung und rechtzeitige Ausbezahlung der Löhne	6 %
Erhöhung der Renten	5 %
Kampf gegen Korruption, Bestechung und Bürokratie	5 %
Kampf gegen Inflation und hohe Preise	4 %
Kampf gegen Armut; mehr Wohlstand für die Menschen	4 %
Wohnungsprobleme	4 %
Sozialpolitik im Ganzen, Sorge für das Volk	4 %
Unterstützung für kleinere und mittlere Unternehmen	4 %
Probleme der Bildung	3 %
Erhöhung von Beihilfen und Stipendien	2 %
Probleme der Gesundheitsversorgung	2 %
Ordnung im Lande schaffen, Gesetzlichkeit stärken	2 %
Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus	2 %
Die Wahrheit sagen, Versprechen erfüllen, tun und nicht reden	2 %
Probleme der Innenpolitik im Ganzen	2 %
Begrenzung der Zahlungen für kommunale Dienstleistungen, Kontrolle der Qualität der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft	1 %
Lösung von Problemen von Sonderrechten	1 %
Drogensucht und Alkoholismus	1 %
Wissenschaft und Kultur	1 %
Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft des Landes, Probleme der Armee, Verteidigung des Friedens	1 %

Quelle: Umfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), Oktober 2009
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0944/d094410>

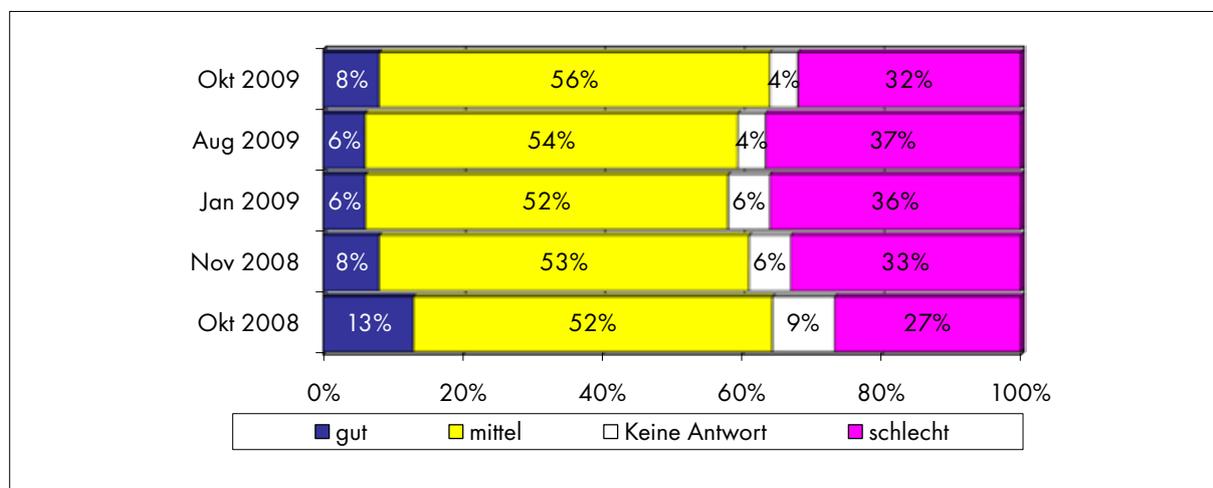
Putin und Medwedew

Die Interessen welcher Bevölkerungsschichten vertreten Vladimir Putin und Dmitrij Medwedew?

Vladimir Putin		Dmitrij Medwedew	
der Silowiki: Angehörige von Geheimdiensten, Streitkräften und Innenministerium	27 %	der nächsten Umgebung Putins	25 %
der Mittelklasse: Menschen mit einem mitteleuropäischen Wohlstandsniveau	24 %	der Mittelklasse: Menschen mit einem mitteleuropäischen Wohlstandsniveau	23 %
der Oligarchen, Bankiers und großen Unternehmer	22 %	der Oligarchen, Bankiers und großen Unternehmer	20 %
der einfachen Menschen: Angestellte, Arbeiter und landwirtschaftlichen Arbeiter	21 %	der einfachen Menschen: Angestellte, Arbeiter und landwirtschaftlichen Arbeiter	18 %
seiner nächsten Umgebung	18 %	der Staatsbeamten und der Bürokratie	16 %
der Staatsbeamten und der Bürokratie	16 %	der Silowiki: Angehörige von Geheimdiensten, Streitkräften und Innenministerium	15 %
der Direktoren: der Manager von großen Betrieben	14 %	der Direktoren: der Manager von großen Betrieben	14 %
aller ohne Ausnahme	10 %	aller ohne Ausnahme	10 %
der früheren Umgebung Jelzins, der »Familie«	9 %	der Intelligenzija	9 %
der kulturellen und wissenschaftlichen Elite	8 %	der kulturellen und wissenschaftlichen Elite	8 %
der Intelligenzija	7 %	der früheren Umgebung Jelzins, der »Familie«	4 %
des Lumpenproletariats: der Bettler und der heruntergekommenen Menschen	1 %	des Lumpenproletariats: der Bettler und der heruntergekommenen Menschen	1 %
Keine Antwort	13 %	Keine Antwort	15 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–19.10.2009 <http://www.levada.ru./press/2009102705.html>

Wie bewältigt die russische Regierung die Finanzkrise?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–19.10.2009 <http://www.levada.ru./press/2009102705.html>

Der Georgienkrieg im Rückblick

Am 30. September hat die »Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia« legt ihren Bericht über die Ursachen des Russisch-georgischen Krieges im August 2008 vor. Die Kommission, die im Auftrag der EU arbeitete und von Botschafterin Heidi Tagliavini geleitet wurde, stellte fest, daß der Angriff am 7./8. August von Georgien ausging, kritisierte aber auch die russische Überreaktion bei der Bombardierung des georgischen Hinterlandes und analysierte die Vorgeschichte des Konflikts.

Die Russlandanalysen bringen in dieser und der nächsten Nummer Artikel, in der zwei Mitglieder der Tagliavini-Kommission noch einmal ihre Standpunkte darlegen. In dieser Woche wird die Vorgeschichte des Konflikts dargestellt, übernächste Woche folgt eine Analyse der militärischen Vorgänge am 7./8. August in Südossetien.

Der vollständige Bericht der Kommission findet sich im Internet:

Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia. Report. September 2009

<http://www.ceiig.ch/Report.html>

- Volume I (3.7 Mb): Introduction / The Conflict in Georgia in August 2008 / Observations / Acknowledgements / List of the Mission's Main Visits and Meetings
- Volume II (31.2 Mb): Chapter 1: Historical Background and International Environment / Chapter 2: Conflicts in Abkhazia and South Ossetia: Peace Efforts 1991 – 2008 / Chapter 3: Related Legal Issues / Chapter 4: The Conflict: Views of the Sides / Chapter 5: Military Events of 2008 / Chapter 6: Use of Force / Chapter 7: International Humanitarian Law and Human Rights Law / Chapter 8: Back to Diplomacy
- Volume III (24.8 Mb); Volume III (HD Version) (131.2 Mb)
- Material received from the sides to the conflict and other sources

Analyse

Der »Countdown to war« in historischer Perspektive: Konfrontation zwischen Russland und Georgien 2004–2008

Von Uwe Halbach, Berlin

Zusammenfassung

Die militärischen Ereignisse vom August 2008 und ihre völkerrechtliche Bewertung stehen im Mittelpunkt des kürzlich veröffentlichten EU-Berichts über den russisch-georgischen Krieg, der vor einem Jahr Schockwellen durch die internationale Politik jagte. Doch das Mandat für diese erste Fact-Finding-Mission der EU verlangte auch, diese Ereignisse in ihren historischen Kontext zu stellen. Einen Kern dieses Kontexts bildet die Entwicklung der russisch-georgischen Beziehungen. Der »countdown to war« ist hier in einer weiteren historischen Perspektive anzusiedeln.

Die historische Last

Es gibt unterschiedliche Antworten auf die Frage, wann diese Beziehungen in Konfrontation übergingen. Die georgische Geschichtsschreibung geht hier bis in das Jahr 1801 und den Anschluss des georgischen Königreichs Kartli-Kacheti an das Zarenreich zurück. Die beiden Annexionen durch Russland 1801 und 1921 (die Sowjetisierung Georgiens wird hier als »Anschluss an

Russland« gewertet) markieren im historischen Narrativ Georgiens *die* nationalen Tragödien. Gegen Ende der sowjetischen Periode bildet die blutige Niederschlagung einer Demonstration in Tbilisi am 9. April 1989 durch sowjetische Sicherheitskräfte das »chosen trauma« für das nachsowjetische georgische Nationalbewusstsein. In der kurzen Periode unter der Führung Swiad Gamsachurdias zeigte sich diese nationale Identität in einem

georgischen Ethnozentrismus, der sich nicht nur mit dem »russischen Imperialismus« anlegte, sondern mit Parolen wie »Georgien den Georgiern« ethnische Minderheiten im eigenen Land und nationale Gebietskörperschaften wie Abchasien und Südossetien verprellte und es versäumte, sie für das georgische Unabhängigkeitsprojekt zu gewinnen. In der nachsowjetischen Entwicklung bis 2003 schwankte unter der Präsidentschaft Eduard Schewardnadses die georgische Außenpolitik zwischen der Anlehnung an und der Distanzierung von Russland. Insbesondere seit 1999 verschlechterten sich die bilateralen Beziehungen in dem Maße, wie die Ausrichtung Georgiens auf Westintegration wuchs.

Aber vor allem seit dem Sommer 2004 gingen diese Beziehungen in das prekärste Verhältnis über, das die Russische Föderation zu einem »nahen Ausland« unterhielt. Die Konfliktretorik auf allen Seiten – in Georgien, in Russland, in Abchasien und Südossetien – war zudem von einer Rüstungsspirale im Südkaukasus begleitet, die Georgien und Aserbaidschan, die beiden sezeessionsgeschädigten Staaten in der Region, weltweit unter die am schnellsten aufrüstenden Länder einreihen. Die Militärausgaben für die zahlenmäßig kleinen Streitkräfte in Georgien (heute 27.000 Mann) wuchsen von weniger als einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor der »Rosenrevolution« auf acht Prozent 2008 an. Mit Unterstützung aus den USA modernisierte Georgien seine zuvor kaum einsatzfähige Armee. Gleichzeitig wurden seine abtrünnigen Landesteile Abchasien und Südossetien von Russland militärisch unterstützt.

Russisch-georgische Streitfragen unter Schewardnadses

Die russisch-georgischen Beziehungen waren schon unter der Präsidentschaft Eduard Schewardnadses belastet. Zu den Streitfragen gehörten:

- die Forderung nach dem fristgemäßen Abzug russischer Truppen und der Auflösung russischer Militärbasen in Georgien gemäß den Zugeständnissen, die Russland in dieser Frage auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 gemacht hatte,
- die Beteiligung Georgiens am Bau der BTC, der ersten größeren Pipeline, die unter Umgehung Russlands Öl aus Aserbaidschan über georgisches Territorium an die türkische Mittelmeerküste leitete,
- Forderungen aus Moskau nach dem Zugang russischen Militärs zu georgischem Territorium für die Bekämpfung tschetschenischer Rebellen, die sich in dem von georgischen Sicherheitskräften nicht mehr kontrollierten Pankisi-Tal verschanzten,
- wachsende US-Militärhilfe für Georgien.

Der Hauptgrund für russische Frustration über georgische Außen- und Sicherheitspolitik lag in der strikten euroatlantischen Ausrichtung des Landes, das diese Orientierung als »fleeing the Russian Empire« und als Emanzipation von russischer Machtpolitik im Kaukasus präsentierte. Und diese Ausrichtung wuchs nun noch deutlich mit der »Rosenrevolution«, mit dem friedlichen Machtwechsel in Georgien vom November 2003, der die erste wirklich nachsowjetische Generation in der Machtelite eines GUS-Staates hervorbrachte. Nach dem Amtsantritt des neuen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili im Januar 2004 gab es zunächst eine Phase der Annäherung zwischen beiden Seiten. Die Präsidenten Putin und Saakaschwili sprachen über offene Streitfragen und erörterten Möglichkeiten von Kooperation zwischen beiden Staaten. Die Verteidigungsminister verkündeten, man wolle nun bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, des Drogenhandels, der illegalen Migration und des Waffenschmuggels enger zusammenarbeiten. Doch dieses Tauwetter währte nur wenige Monate.

Die Verbindung mit den ungelösten Sezessionskonflikten

Zentrale Streitfragen in den russisch-georgischen Beziehungen, darunter die verstärkte euroatlantische Ausrichtung der georgischen Außen- und Sicherheitspolitik und die Modernisierung georgischer Streitkräfte, standen mit den beiden ungelösten Sezessionskonflikten Georgiens um Abchasien und Südossetien in Verbindung. Eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen war nur noch in Bereichen zu erwarten, die keine Verbindung zu den Konflikten aufwiesen. Doch solche neutralen Handlungsräume schrumpften zunehmend, hatte Präsident Saakaschwili doch bei seinem Amtsantritt die zügige Reintegration der abtrünnigen Landesteile und Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens feierlich als sein politisches Hauptanliegen beschworen, während andererseits Russland seine Unterstützung für die separatistischen Regierungen in Abchasien und Südossetien verstärkte und beide Territorien zunehmend in seinen Wirtschafts- und Sicherheitsraum integrierte. So stattete Russland die lokale Regierung in Südossetien mit Kadern aus seinen Sicherheits- und Verwaltungsapparaten aus und erteilte bereits seit 2002 russische Staatsbürgerschaft an die Einwohner beider Regionen auf massenhafter Basis. Aus georgischer Sicht war die auf Waffenstillstandsabkommen von 1992 und 1994 basierende russische Friedenspolitik in Südossetien und Abchasien längst zu einer Strategie geworden, die mit »not peacekeeping, but keeping in pieces« kommentiert wurde. Russland betrieb aus die-

ser Sicht eine »schleichende Annexion« georgischer Territorien, und das Hauptinstrument dabei war *passportizacija*. Russland war demnach an einer *kontrollierbaren Instabilität* in Georgien und an der Konservierung von »frozen conflicts« zum Zweck eigener Machtprojektion im Südkaukasus gelegen.

Die Südossetien-Krise von 2004

Vor dem Hintergrund dieser Verbindung war es nicht überraschend, dass das kurze Tauwetter zwischen Moskau und Tiflis durch die Südossetien-Krise im Sommer 2004 beendet wurde. Schon die Wiedereingliederung des zentrifugalen Landesteils Adscharien unter die Kontrolle der georgischen Regierung im Mai 2004 war für Moskau ein Zeichen, dass die »Rosenrevolutionäre« es mit der Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens ernst meinten. Adscharien, das sich unter der patrimonialen Herrschaft seines Landesfürsten Abschidse von Tiflis allenfalls fiskalisch abgesondert, aber nie eine regelrechte Sezession vollzogen hatte, war mit den realen Sezessionskonflikten um Abchasien und Südossetien freilich kaum vergleichbar. Wenn die georgische Regierung den adscharischen Erfolgsfall ernsthaft auf diese Konflikte übertrug, unterlag sie einer krassen Fehleinschätzung. Wenige Wochen nach der Reintegration Adschariens starteten georgische Sicherheitsorgane eine Offensive zur Bekämpfung von Schmuggel in Südossetien. Sie verriegelten die administrative Grenze zu Südossetien, errichteten zusätzliche Kontrollposten und stationierten 300 Spezialkräfte des Innenministeriums sowie Panzer und Artillerie an der südossetischen Grenze. Russland transportierte daraufhin Schützenpanzer, schwere Waffen und zusätzliche Soldaten in die Konfliktregion. Tatsächlich war der Markt von Ergneti an der Grenze zu Südossetien zu einem kaukasischen Schwarzmarktzentrum geworden. Schmuggel russischer Waren über Südossetien entzog dem georgischen Budget erhebliche Einkünfte. Seine Bekämpfung war ein legitimes Handlungsmittel auf dem Weg zur Stärkung von Staatlichkeit, die sich die »Rosenrevolutionäre« für Georgien aufs Panier geschrieben hatten. Doch die Aktion wurde von Aussagen begleitet, die in Moskau Alarm schlugen. Südossetien wird spätestens in einem Jahr Georgien wieder eingegliedert sein, kündigte Präsident Saakaschwili auf einer Pressekonzferenz im Juli 2004 an. Im August erreichte die Krise ihren Höhepunkt mit der Beschießung Zchinvalis und Kampfberührungen zwischen georgischen Truppen und ossetischen Milizen. Dazu kamen Zwischenfälle vor der abchasischen Schwarzmeerküste. Die georgische Küstenwache bedrohte Schiffe, die ohne Geneh-

migung aus Tbilisi Häfen in Abchasien anlaufen wollten. Russische Kommentatoren verknüpften die »georgische Aggression« mit der Aufrüstung georgischer Streitkräfte durch die USA und den Ambitionen Georgiens auf raschen NATO-Beitritt. Die westlichen Partner Georgiens unterstützten die Reconquista-Rhetorik aber keineswegs, sondern meldeten Besorgnis vor einer militärischen Konfrontation mit Russland an. In diesem August 2004 kam es noch nicht zu einer solchen Konfrontation. Es wurde vielmehr ein Waffenstillstand vereinbart. Aber die Südossetien-Krise vom Sommer 2004 hatte gleichwohl tiefreichende Konsequenzen: Sie führte zur nachhaltigen Verschlechterung der russisch-georgischen Beziehungen und bescherte Georgien ein fundamentales Glaubwürdigkeitsproblem für künftige Versuche von Vertrauensbildung gegenüber den Konfliktgegnern in seinen »abtrünnigen Landesteilen«.

Die Spionage-Affäre 2006

Die emotionale Dimension der gestörten russisch-georgischen Beziehungen wurde besonders in der Spionage-Affäre im Herbst 2006 sichtbar. Diese »Krise in der Krise« begann mit der Verhaftung von vier russischen Offizieren in Tiflis am 27. September 2006. Ihnen wurde Mitgliedschaft in einem Spionagenetzwerk vorgeworfen, dessen Ziel die Verhinderung des georgischen Nato-Beitritts gewesen sein soll. Beide Seiten verschärfen die Krise mit undiplomatischen, unprofessionellen Aktionen. Die georgischen Behörden behandelten den Vorfall auf eine Weise, die nicht nur in Russland als Provokation betrachtet wurde. Statt die verhafteten Offiziere diskret abzuschleppen, wie es der *modus operandi* in solchen Fällen zumeist ist, wurde auf theatralische Weise ihre Übergabe an die OSZE inszeniert. In Russland löste dieses Theater eine antigeorgische Hysterie aus und trieb die Strafmaßnahmen, die Moskau schon zuvor gegen Georgien als sein unbotmäßiges »nahes Ausland« ergriffen hatte, auf den Höhepunkt. Im Oktober 2006 kappte Russland sämtliche Luft-, Land-, See-, Post- und Bankverbindungen mit Georgien, nachdem es schon zu einem früheren Zeitpunkt ein Importverbot gegen georgische Produkte wie Wein und Mineralwasser unter Vorgabe sanitärer Gründe verhängt hatte.

Russische Behörden gingen nun gegenüber der georgischen Diaspora im eigenen Land auf eine Weise vor, die das Ansehen Russlands in der Welt schädigte. Wenn sie zuvor eher durch Passivität und Gleichgültigkeit zu wachsender Xenophobie in der russischen Öffentlichkeit beigetragen hatten, wurden sie nun selbst gegen »georgische Elemente« im Geschäftsleben, in der Kultur, ja selbst an den Schulen Russlands tätig. Es kam zu einer

Welle von Deportationen »illegaler« georgischer Migranten aus Russland. Die EU-Außenminister drückten ihre Besorgnis über die politischen, wirtschaftlichen und humanitären Kosten solcher Aktionen aus. Die Spionage-Affäre alarmierte die internationale Öffentlichkeit erstmals über das Ausmaß der Spannungen in den russisch-georgischen Beziehungen. Sie endete mit der Rückkehr des russischen Botschafters nach Tiflis im Januar 2007 und der Aufhebung wenigstens einiger der Strafmaßnahmen gegen Georgien und Georgier. Aber sie hinterließ weitere tiefe Narben in den bilateralen Beziehungen. Laut Umfragen in Russland war Georgien nun endgültig dasjenige »nahe Ausland«, das am stärksten ein Feindbild bot.

Seit Frühjahr 2008 verhärteten sich die Fronten so sehr, dass nun internationale Akteure wie OSZE, UNO, EU, die Gruppe *Freunde des UN-Generalsekretärs in Georgien* und auch Deutschland eiligst Maßnahmen von Konfliktprävention ergriffen, die zu spät kamen. Als Reaktion auf die Unabhängigkeitserklärung Kosovos und ihre Anerkennung durch eine Reihe von Staaten verdichtete Moskau seine Zusammenarbeit mit den Regierungen in Abchasien und Südossetien auf eine Weise, die seinem formalen Bekenntnis zur territorialen Integrität Georgiens jegliche Glaubwürdigkeit entzog. Russland war nun unübersehbar zur Konfliktpartei in den ungelösten Sezessionskonflikten seines Nachbarn geworden.

Konfrontation statt Kooperation

Eine Reihe anderer Themen und Streitfragen trugen zur wachsenden Konfrontation zwischen beiden Staaten bei: gegenseitige militärische Drohungen und mehrfache Verletzungen des georgischen Luftraums, georgische Militäroperationen im oberen Kodori-Tal, einem von der Regierung in Suchumi nicht kontrollierten Landesteil Abchasiens, die Art und Weise, wie Russland Kosovo als einen Präzedenzfall für die Legalisierung von Sezession gegenüber entsprechenden Konflikten in Georgien instrumentalisierte, und seit Frühjahr 2008 eine immer dichtere Ereigniskette von Provokationen im Umfeld oder innerhalb der beiden Konfliktzonen Georgiens, bei denen kaum noch auszumachen war, wer hier wen zuerst angegriffen hatte.

Über den Autor

Dr. Uwe Halbach ist bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig.

Lesetipps

- Uwe Halbach: Rußland und Georgien: Konfrontation im Umfeld Europas. SWP-Aktuell A 32, Juni 2007 http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_aktuell_detail.php?id=7727
- Gulbaat Rzchiladse: Rußland und Georgien. Konfrontation statt Kooperation, in: Osteuropa, 57.2007, Nr. 7, S. 71–80.
- Stacey Closson: Georgia's Secessionist De Facto States. From Frozen to Boiling, in: Russia Analytical Digest, No. 40, May 8, 2008 <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/details.cfm?lng=en&id=55259>.

In dieser wachsenden Konfrontation versäumten beide Seiten Chancen und Herausforderungen für eine Kooperation, die in ersten Monaten nach der »Rosenrevolution« noch diskutiert worden war. Dabei hätte es in einer kaukasischen Konfliktlandschaft, die für beide Seiten sicherheitspolitische Herausforderungen aufwarf, durchaus »shared interests« geben können. Wie der russische Botschafter bei seiner Rückkehr nach Tiflis am Ende der Spionage-Krise sagte, bilden der Süd- und der Nordkaukasus einen Zusammenhang, aus dem gemeinsame Sicherheitserfordernisse hervorgehen. Die Staatsgrenze zwischen Russland und Georgien verläuft entlang kritischer Schnittstellen zwischen nord- und süd-kaukasischen Konfliktlandschaften. So wurde das Pankisi-Tal im georgisch-tschetschenischen Grenzgebiet zu einem Symbol für gegenseitige Stabilitätsbedürfnisse in gemeinsamer Nachbarschaft. Zudem teilten beide Seiten wirtschaftliche Interessen. Für Georgien blieb Russland der wichtigste Exportmarkt und der größte Arbeitsmarkt für seine wachsende Diaspora. Andererseits war Georgien für Russland von Bedeutung, wenn es um russische Wirtschaftsaktivitäten im Südkaukasus ging. Mehr als einmal – zuletzt besonders im Augustkrieg 2008 – trafen die Maßnahmen Russlands gegen Georgien die Wirtschaft Armeniens, seines engsten Verbündeten in der Region, der für seinen Außenhandel hochgradig auf den georgischen Transitraum angewiesen ist.

Mit seiner Politik gegenüber Sezessionskonflikten im »nahen Ausland«, die in der diplomatischen Anerkennung Abchasiens und Südossetiens mündete, gewann Russland keinerlei Unterstützung, nicht einmal unter den engsten Partnern in seiner »Zone privilegierten Einflusses« im GUS-Raum. Auf der anderen Seite hatte Georgien gegenüber seinen »abtrünnigen Landesteilen« eine prekäre Konfliktpolitik mit einer Mischung aus neuen Autonomieangeboten und militärischen Drohgebärden praktiziert. Das warf unter anderem die Frage auf, welchen friedenspolitischen Einfluss die westlichen Partner Georgiens eigentlich auf dasjenige Land ausüben konnten, das am striktesten seinen Weg nach Europa bekundete und *Westintegration* zur Leitparole seiner Außenpolitik gemacht hatte.

Umfrage
Der Georgienkrieg in russischen Umfragen – ein Jahr danach

Was meinen Sie, sollte Abchasien Teil Georgiens, Teil Russlands, oder ein unabhängiger Staat sein?

	2004	2006	2007	2009
Es sollte ein Teil Georgiens sein	14 %	13 %	7 %	6 %
Es sollte ein Teil Russlands sein	32 %	41 %	34 %	35 %
Es sollte ein unabhängiger Staat sein	29 %	27 %	32 %	41 %
Keine Antwort	25 %	19 %	27 %	18 %

Was meinen Sie, sollte Südossetien Teil Georgiens, Teil Russlands, oder ein unabhängiger Staat sein?

	2004	2006	2007	2009
Es sollte ein Teil Georgiens sein	12 %	12 %	9 %	6 %
Es sollte ein Teil Russlands sein	34 %	40 %	34 %	35 %
Es sollte ein unabhängiger Staat sein	30 %	26 %	32 %	40 %
Keine Antwort	24 %	22 %	25 %	19 %

War (Formulierung der Frage im Jahr 2008: wird ... sein) die Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien durch Russland schädlich oder nützlich für Russland?

	2008	2009
Es war nützlich	40 %	29 %
Es war schädlich	15 %	15 %
Es war weder nützlich noch schädlich	28 %	40 %
Keine Antwort	17 %	16 %

Was war Ihrer Meinung nach der Hauptgrund für den Konflikt in Südossetien im August des vergangenen Jahres? (Antworten von den Respondenten nach Wichtigkeit gewichtet)

	2008	2009
Die georgische Führung verfolgte eine Diskriminierungspolitik gegenüber den Bevölkerungen von Südossetien und Abchasien	32 %	35 %
Die amerikanische Führung wollte ihren Einfluss auf die Nachbarstaaten Russlands erweitern und zwischen Russland und Georgien Zwietracht sähen	49 %	34 %
Die Führungen der nicht anerkannten Republiken Abchasien und Südossetien versuchten, an der Macht zu bleiben und provozierten eine ständig angespannte Lage in der Region	5 %	9 %
Die Führung Russlands betrieb eine Politik nach dem Prinzip »Teile und herrsche«, um ihren Einfluss im Kaukasus abzusichern	5 %	5 %
Keine Antwort	9 %	17 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20.7.2009 <http://www.levada.ru./press/2009080401.html>

Wie ist Ihre Haltung zur russischen bewaffneten Intervention im südossetischen Konflikt im August 2008?

Dies bezeugt das Versagen der russischen Diplomatie und die Unfähigkeit der russischen Regierung, Probleme zwischen den Ländern durch friedliche Verhandlungen zu lösen	13 %
Dies war der einzig mögliche Ausweg aus der entstandenen Situation	67 %
Keine Antwort	20 %

Warum unterstützten Ihrer Meinung nach die führenden Politiker des Westens im südossetischen Konflikt Georgien? (Antworten von den Respondenten nach Priorität gewichtet)

	2008	2009
Weil die westlichen Politiker Russland schwächen und aus dem Transkaukasus verdrängen möchten	66 %	62 %
Weil beim Beschluss von Militärobjekten in Georgien Zivilisten durch russische Truppen umgekommen sind	8 %	10 %
Weil Russland durch seinen Einmarsch die Souveränität Georgiens verletzt hat	7 %	6 %
Weil das Vorgehen Russlands in dem Konflikt zu dessen Ausbreitung auf weitere Regionen, unter anderem auf Abchasien, geführt hat	5 %	5 %
Keine Antwort	14 %	17 %

Sollte Russland seine Truppen in Südossetien lassen oder von dort abziehen?

	2008	2009
Es sollte seine Truppen in Südossetien lassen	56 %	54 %
Es sollte seine Truppen aus Südossetien abziehen	27 %	24 %
Keine Antwort	17 %	22 %

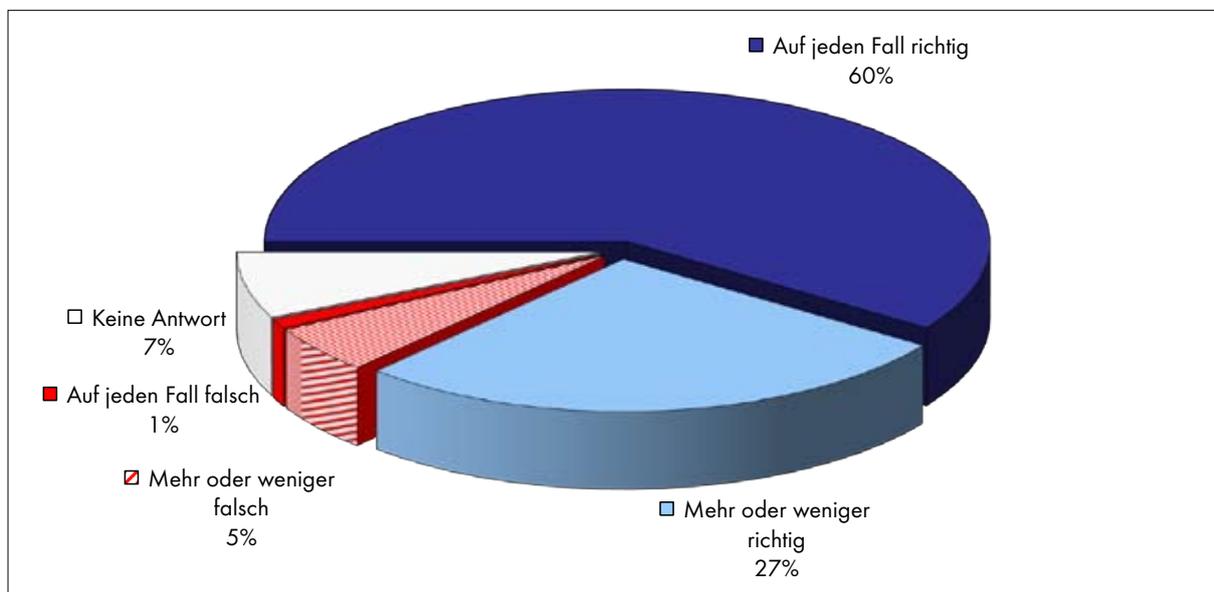
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20.7.2009 <http://www.levada.ru./press/2009080401.html>

Wer trägt in erster Linie die Verantwortung dafür, dass der anhaltende Konflikt zwischen Georgien und Südossetien zu einer bewaffneten Auseinandersetzung führte?

Die georgische Regierung	56 %
Die amerikanische Regierung, westliche Geheimdienste, die Weltgemeinschaft	15 %
Die Ambitionen der Konfliktparteien	5 %
Alle am Konflikt beteiligten Länder zu gleichen Anteilen	3 %
Die russische Regierung	2 %
Die südossetische Regierung	1 %
Die ukrainische Regierung	1 %
NATO, UNO	1 %
Andere	1 %
Schwer zu sagen	25 %

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 25.–26.7.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12235.html>

Hat Russland richtig gehandelt, als es im georgisch-ossetischen Konflikt Südossetien unterstützte?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 25.–26.7.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12235.html>

Optionen für die russische Georgien-Politik im Verständnis der Russen 2004 und 2009

2009		2004	
Vor einem Jahr wurde der Konflikt zwischen Südossetien und Georgien zu einer bewaffneten Auseinandersetzung. Wie hätte sich Russland in dieser Situation verhalten sollen? (geschlossene Frage, eine Antwort)		Falls der Konflikt zwischen Südossetien und Georgien zu einer bewaffneten Auseinandersetzung wird, wie soll sich Russland verhalten? (geschlossene Frage, eine Antwort)	
Russland hätte Südossetien militärisch helfen sollen	60 %	Russland soll Südossetien militärisch helfen	6 %
Russland hätte nicht Kampfhandlungen aufnehmen sollen, aber Südossetien mit Waffenlieferungen und Geld beistehen sollen	9 %	Russland soll nicht Kampfhandlungen aufnehmen, aber Südossetien mit Waffenlieferungen und Geld beistehen	14 %
Russland hätte keine der Konfliktparteien unterstützen sollen	4 %	Russland soll keine der Konfliktparteien unterstützen	34 %
Russland hätte Georgien unterstützen sollen	2 %	Russland soll Georgien unterstützen	2 %
Russland hätte einen bewaffneten Konflikt abwenden sollen, indem es bei Verhandlungen zwischen Georgien und Südossetien als Vermittler auftrat	18 %	Russland soll einen bewaffneten Konflikt abwenden, indem es bei Verhandlungen zwischen Georgien und Südossetien als Vermittler auftritt	29 %
Keine Antwort	7 %	Keine Antwort	16 %

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 25.–26.7.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12235.html>

Chronik

Vom 4. bis zum 19. November 2009

4.11.2009	Die Führung von General Motors teilt mit, dass sie Opel nicht verkaufen will. Das kaufwillige Konsortium aus dem kanadisch-österreichischen Unternehmen Magna, dem den russischen Automobilbauer GAZ und der russischen Sberbank hat damit das Nachsehen.
5.11.2009	Die Regierungen von Finnland und Schweden gestatten dem Konsortium »North Stream«, die geplante Pipeline durch ihre Wirtschaftszonen auf dem Grund der Ostsee zu legen.
5.11.2009	Die russische Internetsuchmaschine Yandex teilt mit, dass sie ihr Ranking populärer Blogs einstellt, nachdem eine Reihe von Blogs Probleme offengelegt haben, auf die Offizielle negativ reagiert haben.
7.11.2009	Bei Spezialoperationen in Tschetschenien werden drei Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften getötet.
8.11.2009	Ministerpräsident Wladimir Putin gibt dem Fernsehsender NTV für den Dokumentarfilm »Die Mauer« ein Interview über seine Erfahrungen mit der Wende in der DDR.
8.11.2009	Innenminister Raschid Nurgaljew ordnet an, dass die Vorwürfe, die ein Polizeimajor aus Noworossijsk im Internet gegen die dortige Polizei erhoben hat, überprüft werden.
9.11.2009	Präsident Dmitrij Medwedew gibt dem deutschen Wochenmagazin »Der Spiegel« am 2.11. ein ausführliches Interview, das am 9.11. veröffentlicht wird.
9.11.2009	Präsident Dmitrij Medwedew nimmt in Berlin an den Feierlichkeiten zum Mauerfall bei.
9.11.2009	Präsident unterzeichnet ein Gesetz, das das Gesetz »Über die Verteidigung« um einen Zusatz erweitert, der den Einsatz russischer Truppen im Einklang mit dem Völkerrecht und der russischen Verfassung jenseits der Grenzen des Landes gestattet.
9.11.2009	In einem Feuergefecht bei dem Dorf Indysch (Republik Karatschajewo-Tscherkessien) werden vier Untergrundkämpfer getötet.
10.11.2009	Präsident Dmitrij Medwedew schlägt Alexander Mischarin als neuen Gouverneur des Gebiets Swerdlowsk vor. Mischarin war bisher Leiter der Abteilung für Industrie und Infrastruktur bei der russischen Regierung. Nach einem neuen Verfahren wählt der Präsident eine Person aus einer Dreierliste aus, die von der regionalen Regierungspartei aufgestellt wird. Neben Mischarin figurieren auf der Liste Viktor Kokscharow, der Ministerpräsident der Region, und Eduard Rossel, Gouverneur der Region seit 1995.
10.11.2009	Der Flughafen von Grosny (Tschetschenien) erhält den Status eines internationalen Flughafens.
10.11.2009	Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka legt dem Präsidenten seinen Bericht über die Staatsunternehmen vor. Danach wurden 22 Untersuchungsverfahren wegen Verdachts auf Verbrechen oder Vergehen eingeleitet.
10.11.2009	In der Stadt Karatschajewsk (Republik Karatschajewo-Tscherkessien) schießen Unbekannte auf Verkehrspolizisten. Drei Polizisten werden verwundet.
11.11.2009	In der Nähe des Ortes Sershen-Jurt (Tschetschenien) werden im Rahmen einer Spezialoperation fünf Untergrundkämpfer getötet.
11.11.2009	Durch einen Bombenanschlag wird die Mosdok-Gasimaged Gaspipeline unterbrochen. Damit wird Machatschkala, die Hauptstadt von Dagestan, vollkommen von der Gasversorgung abgeschnitten.
11.11.2009	Die Hamburger Staatsanwaltschaft informiert Wolfgang Vehler, den Anwalt von Dmitrij Kowtun, dass die Anklage gegen seinen Klienten fallengelassen wird. Kowtun war verdächtigt worden, an dem Mord an Anatolij Litwinenko beteiligt gewesen zu sein.
12.11.2009	Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) setzt ihre Beziehungen zur Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) aus, nachdem die EKD die hannoversche Landesbischöfin Margot Käßmann zu ihrer Ratsvorsitzenden gewählt hat. Der Dialog sei nach der Wahl einer geschiedenen Frau zur Kirchenführerin nicht mehr möglich, ließ die ROK verlauten.
12.11.2009	In seiner Botschaft an die Föderalversammlung fordert Präsident Dmitrij Medwedew eine umfassende Modernisierung Russlands, um die primitive, auf Rohstoffexport basierende Wirtschaftsordnung zu überwinden.
13.11.2009	In einem Munitionsdepot der Streitkräfte in der Nähe von Uljanowsk bricht ein Feuer aus. Es kommt zu einer Serie von Explosionen.

13.11.2009	In Magas (Inguschetien) kommt es bei der Verhaftung von drei Untergrundkämpfern zu einem Feuergefecht. Die Untergrundkämpfer werden getötet.
13.11.2009	Generalleutnant Alexander Bulbow, ein hoher Beamter des Föderalen Antidrogendienstes, der im Herbst 2007 verhaftet worden war, wird aus dem Gefängnis entlassen.
14.11.2009	Präsident Dmitrij Medwedew nimmt am 17. Gipfeltreffen der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) in Singapur teil. Im Rahmen des Treffens führt Medwedew eine Reihe von bilateralen Gesprächen, u. a. mit US-Präsident Barack Obama, dem japanischen Premierminister Yukio Hatoyama und dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao.
16.11.2009	Sergej Magnizkij, der Anwalt des Hermitage Fund in Russland stirbt im Gefängnis. Er befand sich in Zusammenhang mit einer Untersuchung gegen den Hermitage Fund seit einem Jahr in Untersuchungshaft. Ungeachtet seines schlechten Gesundheitszustandes ermöglichten die Vollzugsbehörden ihm keine ärztliche Behandlung.
16.11.2009	EU-Energiekommissar Andris Piebalgs und der russische Energieminister Sergej Schmatko unterzeichnen in Moskau ein Memorandum, in dem Russland und die EU ein Frühwarnsystem zur Verhinderung von Energie-Engpässen vereinbaren. Das System sieht die frühzeitige Information über mögliche Störung der Lieferung von Öl, Gas oder Elektrizität vor.
17.11.2009	Präsident Dmitrij Medwedew trifft zum EU-Russland-Gipfel in Stockholm ein.
17.11.2009	Michail Lesin, früherer Medienminister und danach Berater Präsident Medwedews in Medienfragen verlässt die Präsidialadministration. In Medienkommentaren wird ihm Lobbyismus und unethisches Verhalten unterstellt.
17.11.2009	Das Regionalparlament des Gebiets Swerdlowsk wählt den von Präsident Dmitrij Medwedew vorgeschlagenen Kandidaten, Alexander Mischarin, zum Gouverneur.
18.11.2009	EU-Russland Gipfeltreffen in Stockholm.
18.11.2009	Staatsbesuch von Präsident Dmitrij Medwedew in Slowenien.
18.11.2009	Im entscheidenden Spiel für den Einzug in die Endrunde der Fußballweltmeisterschaften unterliegt Russland Slowenien 0:1. Damit verfehlt es die Teilnahme am Turnier in Südafrika.
18.11.2009	Der Föderationsrat, Russlands Oberhaus, lehnt ein Gesetz über die Verdoppelung der Transportsteuer ab, das die Staatsduma am 13.11. verabschiedet hatte und verweist es an die Duma zurück.
19.11.2009	Das russische Verfassungsgericht untersagt die Anwendung der Todesstrafe in Russland.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Veranstungshinweis

Russland-Termine des Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



14. – 16. Januar 2010, Internationales Congress Centrum (ICC) Berlin

Internationale Grüne Woche Berlin – Global Forum for Food and Agriculture (GFFA)

Der Ost-Ausschuss beteiligt sich mit der Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft als Träger des **Global Forum for Food and Agriculture (GFFA)** an dieser neuen politischen Auftaktveranstaltung der Internationalen Grünen Woche in Berlin. Ziel des GFFA ist es, zentrale Zukunftsfragen zur Sicherung der globalen Welternährung mit Agrarministern aus aller Welt, den Spitzen der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie Vertretern von Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu diskutieren.

Im Januar 2010 steht das GFFA unter dem Leitthema »Landwirtschaft und Klimawandel – neue Konzepte von Politik und Wirtschaft«. Neben dem internationalen Agrarministerpodium und einem hochrangigen internationalem Wirtschaftspodium finden im Rahmen des GFFA 2010 eine Kooperationsbörse sowie eine Reihe von hochrangigen wirtschaftspolitischen Veranstaltungen unter anderem zu Russland, der Ukraine und Rumänien statt. Weitere Informationen unter: www.gffa-berlin.de.

Hier Auszüge aus dem Programm:

14. Januar 2010

15:00 bis 17:00 Uhr Agrarpolitischer Dialog: Bedeutung für Politik und Wirtschaft

15. Januar 2010

10:00 bis 12:00 Uhr Rumänien-Podium

13:00 bis 15:00 Uhr Russland-Podium

15:30 bis 17:30 Uhr Ukraine-Podium

16. Januar 2010

9:00 bis 15:00 Uhr Kooperationsbörse

11:00 bis 13:00 Uhr Internationales Agrarministerpodium

15:00 bis 17:30 Uhr Internationales Wirtschaftspodium (auf persönliche Einladung)

Gerlinde Sauer

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Breite Straße 29

10178 Berlin

Tel.: 030 2028-1569

Fax: 030 2028-2569

E-Mail: G.Sauer@bdi.eu

www.ost-ausschuss.de

Lesehinweis

Abstracts der Artikel aus OSTEUROPA 10/2009

OSTEUROPA 10/2009 ist erschienen. Das Heft »Kooperation trotz Konfrontation. Wissenschaft und Technik im Kalten Krieg« untersucht einen Aspekt des Ost-West-Konflikts.

Das Inhaltsverzeichnis ist einzusehen unter <http://www.osteuropa.dgo-online.org/issues> Das Heft hat 200 Seiten, 62 Abbildungen und kostet 18,00 Euro. Es ist zu bestellen unter osteuropa@dgo-online.org. Es enthält folgende Beiträge mit Bezug zur Sowjetunion:

Boris Belge, Klaus Gestwa

Wetterkrieg und Klimawandel

Die Meteorologie im Kalten Krieg

Die Meteorologie war im Kalten Krieg ein Ersatzschlachtfeld der Supermächte. Wissenschaftler und Militärs träumten davon, das widerspenstige Klima zu verändern und die Naturgewalten zur Kriegsführung zu nutzen. Gleichzeitig kommunizierten und kooperierten die Meteorologen aufgrund ihres globalen Forschungsgegenstandes über den »Eisernen Vorhang« hinweg. Die damals geschaffenen internationalen Strukturen haben maßgeblich zum Aufstieg der Meteorologie zur »Megascience« des Klimawandels beigetragen.

Frank Dittmann

Technik versus Konflikt

Wie Datennetze den Eisernen Vorhang durchdrangen

1977 schalteten Computerwissenschaftler aus Ost und West erstmals eine Datenverbindung durch den Eisernen Vorhang. Am IIASA in Laxenburg bei Wien arbeiteten sie gemeinsam an der Entwicklung grenzüberschreitender Computernetze. Verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten sollten die internationale Forschung stimulieren und einen Forschungsverbund schaffen, der weit mehr als die am Institut ansässigen Wissenschaftler umfasste. Hinzu kam die Vorstellung, mit Hilfe elektronischer Datennetze die Gesellschaften effektiver steuern zu können. Diese Planungsutopien gehören der Vergangenheit an, die Vision der Computernetze jedoch ist mit dem Internet Realität geworden.

Slava Gerovitch

Die Beherrschung der Welt

Das (Miss-)Verständnis der Kybernetik im Kalten Krieg

Die Geschichte der Kybernetik ist eine Geschichte der Missverständnisse im Kalten Krieg. Weil die USA in den 1950er Jahren von der Kybernetik fasziniert waren, lehnte die Sowjetunion sie ab. Als sowjetische Wissenschaftler die neuen Steuerungsmöglichkeiten anpriesen, witterte die CIA Gefahr. In den USA wurde die Kybernetik nun rhetorisch abgelehnt, real aber in eng umrissenen Forschungsprojekten weiterentwickelt. In der Sowjetunion geschah das Gegenteil: Kybernetische Gesellschaftsvisionen flossen in die offizielle Doktrin ein, konkrete technische Projekte hingegen scheiterten am hierarchischen Machtapparat.

Klaus Gestwa

»Kolumbus des Kosmos«

Der Kult um Jurij Gagarin

Gagarin gab dem Kommunismus ein strahlendes Gesicht. Als Jetsetter der globalen sowjetischen Charme-Offensive erzielte er große Erfolge. Im Zuge der Entstalinisierung diente der Kosmonautenkult dazu, den institutionalisierten Heroismus und den kulturellen Kosmos der Sowjetmenschen den neuen Zeitumständen anzupassen. Die offizielle Moskauer Geschichtspolitik nutzt den Kosmonautenkult noch heute, um die russländische Gesellschaft zusammenzuhalten.

Jens Niederhut

Grenzenlose Gemeinschaft?

Die *scientific community* im Kalten Krieg

Im Kalten Krieg gab es in Ost und West zahlreiche Ein- und Ausreisebeschränkungen für Wissenschaftler. Die Internationalen Wissenschaftsverbände reagierten mit Sanktionen, denn dies widersprach ihrer Vorstellung von einer autonomen *scientific community*. Diese Vorstellung war wesentlich durch das instrumentelle Wissenschaftsverständnis der kommunistischen Staaten und den ideologischen Gegensatz des Kalten Krieges bestimmt.

Andreas Nievergelt

Kunstschach im Kalten Krieg

Kontaktzone zwischen Ost und West

Anders als das Parteschach blieb das Kunstschach während des Kalten Kriegs auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs unpolitisch. Daran änderte auch der Wettstreit in der Entwicklung der Computertechnik nichts. In der Grundlagenforschung war das Schachspiel ein wichtiges Experimentierfeld für die Künstliche Intelligenz. Die Kunstschachszenen integrierte die neue Technologie in ihr Wirken und tauschte sich aus, weil sie die Ziele teilte. Selbst eine so spezifische Szene wie das Kunstschach wurde über den Eisernen Vorhang hinweg vom technischen Wandel erfasst und geprägt.

Igor J. Polianski

Das »Lied vom Anderswerden«

Der Lysenkoismus und die politische Semantik der Vererbung

Der Kalte Krieg machte vor der Biologie nicht halt. Die Sowjetunion behauptete, die westliche Genetik sei eine Fortsetzung der nationalsozialistischen Eugenik. Dem Westen galt die als Lysenkoismus bekannt gewordene Lehre von der Vererbbarkeit erworbener Eigenschaften mit ihrer Vision des Neuen Menschen als ebenso totalitäres kommunistisches Pendant zur nationalsozialistischen Rassenselektion. Dies verstellte den Blick für die Ursachen der Übernahme des Lysenkoismus in der DDR. Er muss in Zusammenhang mit der historischen Antithese von emanzipatorisch-linkem und konservativ-völkischem Biologismus gestellt werden. Die Entdeckung der DNA entzog beiden Biologismen den Boden. In der DDR verlor die Genetik jedoch ihren Mehrwert als weltanschauliches Faszinosum erst in den 1970er Jahren.

Stefan Rohdewald

Schneller, höher, weiter

Biomechanik zwischen West und Ost

Die Biomechanik entstand in der frühen Sowjetunion als Adaptation westlicher Konzepte zur Rationalisierung der Arbeit. Im Stalinismus wurde sie unterdrückt, in den 1960er Jahren eine Wissenschaftsdisziplin. Zur gleichen Zeit erlebte in den USA die Kinesiologie einen Aufschwung. Westliche Wissenschaftler rezipierten die Ergebnisse sowjetischer Kollegen. Gemeinsam entwickelten sie die Forschung weiter. Die Biomechanik beeinflusste die Trainingsmethoden des Leistungssports, der zum Schauplatz sporttechnischen Wettrüstens wurde.

Identities and Politics During the Putin Presidency The Foundations of Russia's Stability

Casula, Philipp und Perovic, Jeronim (eds)
With a foreword by Heiko Haumann
in collaboration with Ivo Mijnsen

Volume 92 in the series "Soviet and
Post-Soviet Politics and Society" (SPSS)

How could an undemocratic regime manage to stabilise Russia? What is Putin's success formula? What are the symbolic and discursive underpinnings of Russia's new stability? Many outside observers of Russia regarded the authoritarian tendencies during the Putin presidency as a retreat from, or even the end of, democratisation. Rather than attempting to explain why Russia did not follow the trajectory of democratic transformation, this book aims to attain an understanding of the stabilisation process during Putin's tenure as president. Proceeding from the assumption that the stability created under Putin is multi-layered, the authors attempt to uncover the underpinnings of the new equilibrium, inquiring especially about the changes

and fixations that occurred in the discourses on political and national identity. In doing so, the authors analyse the trajectories of the past years from the traditional perspective of transitology as well as through the lens of post-structuralist discourse theory. The two approaches are seen as complementary, with the latter focusing less on the end point of transition than on the nature of the mechanisms that stabilise the current regime. The book therefore focuses on how nationalism became an increasingly important tool in political discourse and how it affected political identity. "Sovereign democracy" is seen by many contributors as the most explicit manifestation of a newfound post-Soviet identity drawing on nationalist ideas, while simultaneously appeasing most sectors of the Russian political spectrum.

404 pages. Paperback. 2009
ibidem-Verlag, Stuttgart
ISBN 978-3-8382-0015-6
ISSN 1614-3515

SOVIET AND POST-SOVIET POLITICS AND SOCIETY
Edited by Dr. Andreas Umland

Philipp Casula and Jeronim Perovic (eds)

**Identities and Politics
During the Putin Presidency**

The Foundations of Russia's Stability

With a foreword by Heiko Haumann



ibidem

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de